

Der Eurokommunismus als sicherheitspolitisches Problem für die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Beispiel des *Partito Comunista Italiano (PCI)*

Dissertationsprojekt

Bearbeiter: Nikolas R. Dörr

Historische Kommunismusforschung ist seit dem Ende des Kalten Krieges und dem damit einhergehenden Zusammenbruch der Sowjetunion sowie der kommunistischen Regime Mittelost- und Osteuropas ein zentrales Themenfeld der zeitgeschichtlichen Forschung. Verschiedene Institutionen widmen sich diesem Thema mit unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunkten. Innerhalb der deutschen Wissenschaft lag die Konzentration seit der deutschen Wiedervereinigung auf der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. In den vergangenen Jahren hat sich daneben die historische Forschung zu den kommunistischen Regimen Mittelost- und Osteuropas etabliert. Eine Forschungslücke gibt es hingegen im Bereich des westeuropäischen Kommunismus. Galt diesem als möglichem trojanischen Pferd der KPdSU bis in die 1980er Jahre hinein in der Bundesrepublik Deutschland eine große wissenschaftliche (und politische) Aufmerksamkeit, so muss man konstatieren, dass der westeuropäische Kommunismus in der aktuellen zeitgeschichtlichen Forschung in Deutschland deutlich unterrepräsentiert ist. Innerhalb der internationalen historischen Kommunismusforschung ist hinge-

gen auch der westeuropäische Kommunismus ein vielbearbeitetes Forschungsfeld.

Die Frage, welche Folgen der Wandel des Kommunismus in Westeuropa hatte und welche internen und externen Faktoren zu diesem Wandel beitrugen, ist noch nicht beantwortet worden. Ebenso kann die folgende zentrale Frage, die sich in einer Publikationswelle zum Thema Eurokommunismus in den Jahren 1975 bis 1985 manifestierte, nur im Nachhinein mit dem nötigen zeitlichen Abstand beantwortet werden: Nämlich, ob es sich um eine wirkliche Reform der betreffenden kommunistischen Parteien hin zu einem westeuropäischen Demokratieverständnis handelte oder ob die Eurokommunisten lediglich weiterhin sowjettreue Kader waren, deren demokratische Reformrhetorik eine taktische Maßnahme zur Wählermaximierung darstellte. Man kann bereits jetzt konstatieren, dass keine schwarz-weiß Antworten zutreffend wären. Vielmehr vermag nur eine genaue historische Analyse, diesen Themenkomplex zu erschließen.

Das Schlagwort „Eurokommunismus“ etablierte sich rasch als Oberbegriff für vermeintliche und tatsächliche Reformbemühungen hin zu einem westlichen Demokratieverständnis in kommunistischen Parteien Westeuropas, nachdem der jugoslawische Journalist Frane Barbieri am 26. Juni 1975 den Begriff in der Mailänder Tageszeitung *Giornale Nuovo* erstmals in diesem Sinnkontext verwendet hatte. Innerhalb kürzester Zeit wurde der Begriff auch auf die Wandlungstendenzen kommunistischer Parteien in außereuropäischen westlich-kapitalistischen Staaten (so u.a. im Falle der KP Japans) ausgedehnt. Vor allem in Folge der spek-

takulären Wahlerfolge des PCI, der Möglichkeit einer Linksregierung in Frankreich im Zuge der kommunistisch-sozialistischen union de la gauche und der Unsicherheit über das zu erwartende Wahlergebnis des Partido Comunista de España bei den ersten freien spanischen Parlamentswahlen nach Beendigung der Franco-Diktatur im Juni 1977 kam es Mitte der 1970er Jahre zu einer intensiven wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Komplex „Eurokommunismus“. Die Folge war eine wahre Flut von vornehmlich politologischen Publikationen in den 1970er und frühen 1980er Jahren. Die Geschichtswissenschaft hat sich dem Themenkomplex „Eurokommunismus“ hingegen bisher kaum zugewandt.

In dieser Arbeit steht die Perzeption des Eurokommunismus durch die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland sowie die daraus abgeleitete außenpolitische Strategie im Umgang mit ihm im Mittelpunkt. Als Fallbeispiel dient die italienische Variante des Eurokommunismus, da der PCI einerseits die einflussreichste Partei des Eurokommunismus darstellte. Andererseits lassen sich am Beispiel des PCI zwei gänzlich unterschiedliche außen- und sicherheitspolitische Strategien der Bundesrepublik und der USA vergleichen und bewerten.

Die Kommunistische Partei Italiens war vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu ihrer Auflösung integraler Bestandteil des politischen Systems Italiens. Fast kontinuierlich stellte der PCI zwischen 1945 und 1991 in Bezug auf Mitgliederzahlen, Wahlergebnisse und Mandate die zweitstärkste (zeitweise sogar die stärkste) parteipolitische Kraft Italiens dar.

Darüber hinaus war der PCI nach dem Zweiten Weltkrieg mit bis zu 2,3 Millionen Mitgliedern die größte und einflussreichste kommunistische Partei in der westlichen Welt. Während die italienischen Kommunisten, im Einklang mit fast allen kommunistischen Parteien West- und Osteuropas, bis zur Geheimrede Nikita Chruschtschows über die Verbrechen Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 einen ähnlichen Weg der Moskauhörigkeit beschritten, änderte sich dies im Zuge der Entstalinisierung ab 1956 und der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn im gleichen Jahr. Den Wendepunkt von einer vereinzelt, graduellen Kritik hin zu einer Änderung des eigenen Kommunismusverständnisses stellt hierbei die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 dar. Mit der sowjetisch dominierten Okkupation der Tschechoslowakei im Jahre 1968 wurden die Reformbestrebungen innerhalb des PCI endgültig mehrheitsfähig. Verstärkt wurde dieser Prozess der zunehmenden Eigenständigkeit des PCI durch eine massive Veränderung in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Mitgliedschaft und einige Jahre später auch der Führungsgremien. Weitere markante Wendepunkte stellten die sowjetische Invasion in Afghanistan im Dezember 1979 und vor allem das Verbot von Solidarnosc mit der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 dar. Letzteres führte zum endgültigen Bruch, dem sogenannten strappo da Mosca, des PCI um Generalsekretär Enrico Berlinguer mit der KPdSU-Führung.

Die US-amerikanische und bundesdeutsche Italienpolitik waren seit der Befreiung vom Faschismus auf eine Eindämmung des Einflusses des PCI und der

direkten oder indirekten Unterstützung der Democrazia Cristiana (DC) hin ausgerichtet. Italien galt aufgrund seiner militärstrategischen Lage (Kontrolle des Mittelmeeres, Brückenkopf nach Afrika und den Nahen Osten, Frontstaat gegenüber Jugoslawien und Albanien) als unverzichtbar für die 1949 gegründete NATO. Darüber hinaus befürchtete man, basierend auf der 1954 unter Präsident Dwight D. Eisenhower formulierten Dominotheorie, im Falle einer Regierungsübernahme durch den PCI eine kommunistische Sogwirkung für Frankreich sowie früher oder später für Spanien und Portugal, wo seinerzeit die kommunistischen Parteien im Widerstand gegen Franco bzw. Salazar aktiv waren. Die hohe Anzahl von NATO-Stützpunkten inklusive Atomwaffendepots auf italienischem Staatsgebiet sprach insbesondere aus US-amerikanischer Sicht dafür, sich intensiv für eine Verhinderung einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in Italien einzusetzen. Mit massivem finanziellen und personellen Aufwand wurde dieses Ziel in den späten 1940er Jahren erreicht: Innerhalb des italienischen Parteiensystems war der PCI isoliert und galt als nicht mehr koalitionsfähig. Man kann im italienischen Fall konstatieren, dass die Containment-Strategie unter der Präsidentschaft von Harry S. Truman mit hohem Ressourceneinsatz in den ersten Nachkriegsjahren erfolgreich angewendet wurde. Dieses System, in dem die Kommunisten um jeden Preis von einer Regierungsbeteiligung ferngehalten werden sollten, geriet jedoch seit den 1960er Jahren in eine Krise, denn die bislang scheinbar sichere strukturelle Mehrheit der Christdemokraten in Verbindung mit Kleinparteien der rechten oder linken

Mitte wurde durch den kontinuierlichen Aufschwung des PCI gefährdet.

Durch das kontinuierliche Anwachsen des kommunistischen Einflusses auf allen Ebenen des italienischen politischen Systems, aber auch im Kultur-, Gesellschafts- und Medienbereich, standen die NATO-Staaten spätestens vor den italienischen Parlamentswahlen 1972 vor dem Problem, dass ein strategisch zentraler Mitgliedsstaat vor einer potentiellen kommunistischen Regierungsbeteiligung steht bzw. im worst-case-Szenario eine Volksfrontregierung von Kommunisten und Sozialisten die Regierungsgeschäfte übernimmt. Nach den Parlamentswahlen von 1976 trat der Fall ein, dass eine Regierungsbildung ohne den PCI nicht mehr möglich war. Bis 1979 regierte die DC in verschiedenen Regierungen unter Duldung des PCI, der somit eine „Quasi-Koalition“ mit den Christdemokraten bildete. Eine offizielle Regierungskoalition, das Ziel von Enrico Berlinguers „Historischem Kompromiss“, wurde 1978 beschlossen, im Zuge der Ermordung des Protagonisten einer christdemokratisch-kommunistischen Annäherung auf Seiten der DC, des Parteivorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidenten Aldo Moro, jedoch nicht umgesetzt.

Die Entwicklung des PCI von der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bis in die frühen 1980er Jahre lässt sich mit den beiden zwei Schlagwörtern „Aufschwung“ und „Wandel“ kennzeichnen:

1. Kontinuierliches Anwachsen von Wählerstimmen, Mandaten, Mitgliederzahlen, kommunistischer Presse und Regierungsbeteiligungen auf kommunaler sowie regionaler Ebene für den PCI (von 22,7 Prozent der Wählerstimmen bei den Parlamentswahlen 1958 auf 34,4 Prozent

1976; 1977 hatte der PCI 1,81 Millionen Mitglieder; 1977 wurden die Großstädte Rom, Mailand, Turin, Neapel, Genua, Florenz, Bologna und Venedig von einem kommunistischen Oberbürgermeister regiert; die kommunistische Parteizeitung *Unità* war 1976 mit 280.000 Exemplaren die drittauflagenstärkste Tageszeitung Italiens).

2. Propagierung eines Wandels hin zu einem westlich orientierten Demokratieverständnis und einer Abkehr vom sowjetischen Vorbild (seit 1975 unter dem Schlagwort „Eurokommunismus“, 1956 Polyzentrismusthese, 1964 *memoriale di Yalta*, 1973 *compromesso storico*).

Die US-Administrationen unter den Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford schenken dem propagierten Wandel des PCI weg vom Kommunismus sowjetischer Lesart hin zu einem westlichen Demokratieverständnis keinen Glauben. Vielmehr werteten ihn die zentralen sicherheitspolitischen Akteure (President, National Security Adviser, Secretary of State) als taktisches Manöver zur Wählermaximierung und somit zur Machterreichung in einem zentralen NATO-Staat. Die US-amerikanische Perzeption des italienischen Eurokommunismus als Gefahr führte zur Ausarbeitung und Implementierung einer konfrontativen Strategie, um eine Minimierung des Einflusses des PCI in Staat und Gesellschaft zu erreichen. Die konfrontative Strategie der Vereinigten Staaten im Umgang mit dem italienischen Eurokommunismus äußerte sich vor allem in verdeckten Parteienfinanzierungen gegenüber als antikommunistisch eingestuften Parteien Italiens sowie ausgiebigen Pressekampagnen und offiziellen Statements vor Wahlen. Im Fall der Bundesrepublik kam es hingegen,

nach ersten Kontakten zwischen PCI- und SPD-Politikern Ende der 1960er Jahre, zur Ausarbeitung einer, lange Zeit geheim gehaltenen, kooperativen Strategie durch den SPD-Parteivorstand, die eine konsequente Unterstützung der Reformer um PCI-Generalsekretär Enrico Berlinguer zum Inhalt hatte und langfristig die Unterstützung der Sozialdemokratisierung des PCI verfolgte. Im Zuge der Übernahme des Vorsitzes der Sozialistischen Internationale durch Willy Brandt im Jahre 1976 wurde auch diese in die Strategie der Kooperation mit den italienischen Kommunisten eingebunden.

Während im US-amerikanischen Fall die Strategie im Umgang mit dem italienischen Eurokommunismus von der US-Administration bestimmt wurde, konnte der angestrebte Kooperationskurs der deutschen Sozialdemokratie in der Bundesrepublik nicht langfristig von staatlicher Seite aus geführt werden. Eine offizielle staatliche Kooperation mit der größten kommunistischen Partei Westeuropas hätte sofort massive negative nationale und internationale Folgen nach sich gezogen. Daher verlief der Kontakt mit dem PCI in Form einer anfangs geheim gehaltenen Nebenaußenpolitik auf Parteiebene durch die SPD.

Die Nachzeichnung der Entwicklung der italienischen Variante des Eurokommunismus, die Analyse der Perzeption und die daraus resultierende Umsetzung einer außen- und sicherheitspolitischen Strategie im Umgang mit ihm durch die Regierungen der USA und der Bundesrepublik in den 1970er Jahren sowie die Bewertung der Einwirkungen dieser unterschiedlichen Strategien auf den Eurokommunismuskurs des PCI werden in dieser Arbeit primär auf Basis archivalischer

Quellen in den drei beteiligten Staaten vorgenommen. Hier sind insbesondere sind das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, das Archiv der sozialen Demokratie, die National Archives und die Presidential Libraries sowie die Bestände in der Fondazione Istituto Gramsci zu nennen. Ergänzend werden die Autobiographien beteiligter Akteure und Gespräche mit Zeitzeugen hinzugezogen. Diese Arbeit soll demnach einen Beitrag zu diesem bislang wenig bearbeitetem Thema in der deutschen Geschichtswissenschaft liefern. Darüber hinaus trägt die Arbeit zu einer international vergleichenden Perspektive bei, die positive Rückwirkungen auf die primär DDR- bzw. Mittelost/Osteuropa-konzentrierte historische Kommunismusforschung in Deutschland haben kann.

Kontakt:

doerr@zzf-pdm.de